

Süddeutsche Zeitung 10.10.06 - Meinungsseite -

## Eine Zukunft in Deutschland

Eines kann man den Innenministern diesmal nicht absprechen: den Willen zur Einigung. Ob CDU oder CSU-, ob SPD- oder FDP-Minister - alle wissen, dass es um das Schicksal von 180 000 Menschen geht, die ständig bangen, ob sie in Deutschland bleiben dürfen oder nicht. Unter ihnen Tausende Kinder, die hier aufgewachsen sind. Allein schon deswegen verbieten sich bei diesem Thema Schaukämpfe. Das Schicksal der Familien berührt die Minister aber auch ganz persönlich: Sie werden von Schülern bestürmt, ihre Klassenkameraden nicht in den Kosovo oder nach China abzuschicken. Oder Lehrerinnen betteln, dass der hoffnungsvolle Junge wenigstens noch sein Abitur machen darf.

Immer geht es um die Entscheidung zwischen Gerechtigkeit und Menschlichkeit - denn die Familien sind gerichtlich verpflichtet, Deutschland zu verlassen.

Sie haben sich längst durch alle Instanzen geklagt. Das Ergebnis des Innenministertreffens vom Montag in München unterstreicht den Willen, zumindest den Kindern eine Zukunft in Deutschland zu ermöglichen: Familien, die bereits länger als sechs Jahre hier leben, sollen bleiben können - wenn sie sich nichts zuschulden haben kommen lassen. Und wenn sie sich selbst ernähren können.

Doch das ist der Knackpunkt. Denn bisher war diesen Menschen die Arbeitsaufnahme verboten. Auf keinen Fall aber wollen die Minister das Signal setzen, dass sie die Einwanderung in die Sozialsysteme fördern wollen. Deswegen wollen sie jetzt mit Arbeitsminister Franz Müntefering darüber verhandeln, wie man den Familien erlauben kann zu arbeiten, ohne dass sie deutsche Arbeitskräfte verdrängen. Das verlangt noch einmal starken Einigungswillen. rabe